Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, den Müllengrund, Kuhschnappel und Tirschheim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags nachmittags. — Bezugspreis: 65,— Mk. monatlich frei ins Haus, durch die Post bezogen 195,— Mk. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstellen, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 3,— Mk.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Grundzeile wird mit 5,— Mk., für auswärtige Besteller mit 6,— Mk. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreigespaltene Zeile 12,— Mk., für Auswärtige 14,— Mk. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 10 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt". Postscheckkonto Leipzig 86697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft, sowie des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg.

Druck u. Verlag von Otto Roch & Wilhelm Pester Lichtenstein-C., Inh. Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr 247 — Sonnabend, den 21. Oktober 1922 — 72. Jahrgang.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 25. Oktober bis 7. November 1922 veranstaltet das „Deutsche Hygienemuseum" Dresden in der Turnhalle der Diesterwegschule eine

Ausstellung

über Säuglings- und Kleinkinderfürsorge in Verbindung mit Tuberkulosebekämpfung die Werktags von 3—8 Uhr und Sonntags von 11—6 Uhr geöffnet sein wird.

Täglich von 6 Uhr ab finden ärztliche Führungen mit Erklärungen statt.

Neben dieser Ausstellung hält die Ausstellungsleiterin Kurse in Säuglingspflege ab. Anmeldungen hierzu werden im Wohlfahrtsamt — ehemaliges Callnberger Rathaus — entgegengenommen.

Wohlfahrtsamt Lichtenstein-Callnberg.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Die „Times" melden, daß der Bank von England ein weiterer deutscher Goldreservefonds von 30 Millionen Goldmark ins Depot gegeben worden ist. Eine amtliche Bestätigung dieser kaum glaublichen Nachricht liegt nicht vor.

* In der Freitagsitzung des Reichstages erhoben die Abgeordneten Mumm und Philipp in einer kleinen Anfrage Einspruch gegen die religionsfeindlichen Verordnungen der sächsischen Regierung. Seitens der Reichsregierung wurde mitgeteilt, daß in dieser Frage Verhandlungen zwischen Sachsen und dem Reiche schweben.

* Im Münchner-Fechenbach-Prozeß wurden wegen Landesverrats bezw. -Versuchs verurteilt: Fechenbach zu 11, Dr. Gargas zu 12 und Redakteur Lempke zu 10 Jahren Zuchthaus.

* Die französische Kammer nam am Donnerstag abend mit 380 gegen 168 Stimmen ein Vertrauensvotum für Poincaree an und vertagte den Beginn der Diskussion des Budgets auf den nächsten Dienstag, während die Opposition darauf bestanden hatte, daß zunächst die Diskussion verschiedener Interpellationen fortgesetzt werde.

* Der Reichsregierung sind Mitteilungen über ein auf Dr. Wirth geplantes Attentat zugegangen, der Schutz um den Reichskanzler wurde verstärkt. Es sind bereits verschiedene Verhaftungen vorgenommen worden.

* Die jetzt beendeten Wahlen in Rußland haben den Kommunisten Verstärkung gebracht. Die Neuwahlen sind die Grundlagen für den allrussischen Sowjetkongreß.

* Wie „Daily Telegraph" mitteilt, werde der erste Antrag der konservativen Regierung in England sein: Sofort Frieden zwischen der Türkei und England zu schließen und die englische Armee von Konstantinopel zurückzubefördern, ferner die Streitkräfte am Schwarzen Meere und aus der Wüste Mesopotamien zurückzurufen und aufzuhören, die jüdische republikanische Autokratie Palästinas durch England zu schützen.

Deutsches Reich

Um Ebert.

Berlin. Im Reichslage stand gestern die Neuwahl des Reichspräsidenten im Mittelpunkt der Aussprache. Die Regierungsparteien, einschließlich der Deutschen Volkspartei, sind bekanntlich wegen der wirtschaftlichen Erschütterung und der damit verbundenen Aufpeitschung der Volksleidenschaften, die die Wahl im Gefolge haben würde, für eine Hinausschiebung des Zeitpunktes, während die Deutschnationalen, die Kommunisten und die kleine Ledebourgruppe am 3. Dezember dieses Jahres als Wahltag festhalten. Beide Parteien ließen durch ihre Redner die Gründe darlegen, die für ihr Verhalten bestimmend waren. Reichskanzler Dr. Wirth stützte lebhaft die Ansicht der Regierungsparteien, und so war denn das gestrige Ergebnis der Aussprache: Der Antrag auf Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten wurde darauf gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Kommunisten und der beiden Mitglieder der Fraktion Ledebour in erster und zweiter Lesung angenommen. Die dritte Lesung findet Dienstag statt. Sonnabend 2 Uhr: Angestelltenversicherung, kleine Vorlagen, Diätengesetz.

Ermäßigung der Einkommensteuer.

Dem Reichstag ist eine Novelle zum Einkommensteuergesetz in Form eines Initiativantrages der VSPD. zugegangen, der für die ersten 300 000 Mark des steuerbaren Einkommens die Steuer auf 10 Prozent, für weitere 200 000 Mark auf 15 Prozent, für weitere 250 000 Mark auf 20 Prozent, für weitere 250 000 Mark auf 25 Prozent usw. festsetzen will. In Abzug gebracht werden sollen in Zukunft für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau monatlich 160 Mark, für jedes Kind 320 Mark und für Werbungskosten 450 Mark. Ferner ist dem Reichtag der Gesetzentwurf über die Aenderung der Beamtenbesoldung zugegangen. Inzwischen haben einzelne Gewerkschaften dem Reichsfinanzministerium die Bitte unterbreitet, möglichst umgehend über eine neue Teuerungsaktion für die Beamten- und Staatsarbeiter Verhandlungen aufzunehmen; das Reichsfinanzministerium hat jedoch erklärt, daß eine neue Teuerungsaktion vor Erledigung des Gesetzentwurfes durch den Reichstag unmöglich ist.

Teilstreik bei Krupp.

In der Gießerei III hat der größte Teil der Belegschaft, obschon der Schmelzprozeß in vollem Gange war, am Donnerstag nach 12 Uhr mittags die Arbeit niedergelegt, die Arbeitsstätte verlassen, ohne die Betriebsleitung irgendwie in Kenntnis zu setzen und ohne auch nur die Notstandsarbeiten zu verrichten. Um für die Zukunft derartigen Vorkommnissen vorzubeugen, die den Betrieb und das Werk in hohem Maße gefährden, hat sich die Firma genötigt gesehen, denjenigen Teil der Gießerei III, der auf diesem Wege die Arbeit verweigerte, fristlos zu entlassen. Die Firma warnt durch Anschlag die gesamte Belegschaft vor unbesonnen Handlungen und fordert jeden Einzelnen auf, an der Arbeit zu bleiben.

Willkür statt Recht?

In Thüringen entwickelt die Staatsregierung in dem an sich lobenswerten Bestreben, den Wucher zu bekämpfen, einen Eifer, der weit über das Ziel hinausschießt und der Willkür Tür und Tor öffnet. Sie hat eine Verordnung erlassen, nach der gegen des Wuchers bezichtigte Personen ein sumarisches Verfahren eingeführt wurde. In allen größeren Städten Thüringens wird ein Bereitschaftsstaatsanwalt und ein Bereitschaftsrichter eingesetzt. Auf Grund von Anschuldigungen ordnet der Bereitschaftsstaatsanwalt, falls nach seinem Ermessen Preisüberschreitung vorzuliegen scheint, die sofortige Verhaftung des verdächtigen Geschäftsinhabers an. Der Bereitschaftsrichter allein urteilt den Beschuldigten sofort ab und verfügt die Beschlagnahme, Enteignung und Weiterveräußerung des Warenlagers. Ein solches sumarisches Verfahren muß in vielen Fällen zu schwerem Unrecht für den Beschuldigten führen. Es geht über das durch die Wuchergesetzgebung zugelassene Sondergerichtsverfahren hinaus und überschreitet in unzulässiger Weise die durch die Strafprozeßordnung für die Strafverfolgung gesteckten Grenzen. Der Richter ist gar nicht in der Lage, allein von sich aus, ohne Anhörung von Sachverständigen, oft schwierige Fragen schnell zu entscheiden, zumal dem Beschuldigten kaum Gelegenheit zu sachgemäßer Verteidigung gegeben ist. Dieses Vorgehen der Thüringischen Regierung hat den Abgeordneten Benthien, Findeisen, Leutheuser, Dr. Richter, Havemann, Dr. Mittelmann und Brünninghaus von der Deutschen Volkspartei, in der klaren Erkenntnis, daß hier gerade kleine Gewerbetreibende in ihrer Existenz aufs schwerste bedroht sind, die Veranlassung zu einer Anfrage an die Reichsregierung gegeben, ob diese das Vorgehen des Thüringischen Staatsministeriums für vereinbar mit dem verfassungsmäßigen Rechtsschutz des Staatsbürgers und mit der Reichsgesetzgebung hält, und ob sie bereit ist, die nötigen Schritte zur Verhinderung des gekennzeichneten Verfahrens zu tun?

Schutz für die Zeitungen.

Der Vorstand deu Rheinisch-westfälischen Presse hat an den preußischen Minister des Innern ein Schreiben gerichtet, in welchem dieser unter Hinweis auf den während des Bauarbeiterausstandes in Elberfeld am 11. ds. Mts. von einer Anzahl Personen in dem Geschäftsgebäude der Bergisch-Märkischen Zeitung" verübten Terror gebeten wird, alle Polizeiverwaltungen anzuweisen, bei ähnlichen Ueberfällen den Zeitungen ungesäumt ihren Schutz zu gewähren. Die freie Meinungsäußerung der Presse sei nur dann verbürgt, wenn die Zeitungen vom Terror der Straße unbeeinflußt blieben. Bei der heutigen Notlage der Presse müsse das Eigentum energisch geschützt werden, und angesichts der Bedeutung der Presse, die von der Staatsregierung stets anerkannt worden sei, müsse es die dringende Aufgabe der Behörden sein, auch die ungekürzte Entfaltung der Presse zu schützen. Schließlich wird das Vertrauen darauf zum Ausdruck gebracht, daß dieser Bitte entsprochen wird.

Zur Bekämpfung der Teuerungskatastrophe.

München. Die bayerische Regierung hat der Reichsregierung eine Denkschrift unterbreitet, in der sie als Maßnahmen zur Verhütung weiterer Verschlechterung der Mark u. a. vorschlägt: Sicherung der Ruhe und Ordnung im Inland, strengste Sparsamkeit im Reichshaushalt, Verhinderung der Ausfuhr lebenswichtiger Waren, Hebung der Inlandsproduktion, Einschränkung des Inlandsbedarfs, Verhinderung der Einfuhr von Luxuswaren, Verbot der Fakturierung und Zahlung in Auslandswährung für den Inlandsverkehr. Als Maßnahmen gegen die Auswüchse der Geldsucht wird ferner die Ueberwachung der Kartelle und Syndikate hinsichtlich ihrer Preisfestsetzung sowie überhaupt Preisüberwachung und Bekämpfung des Wuchers gefordert. Die Denkschrift betont schließlich, daß alle diese Vorschläge nur eine Linderung des Uebels, aber keine Heilung bringen können und fährt fort: Die Grundursache des Uebels liegt in unseren Reparationsverpflichtungen und in dem Mißverhältnis zwischen inländischem Verbrauch und inländischer Produktion, durch welches die Passivität unserer Zahlungsbilanz bedingt wird.

Ausland.

Bonar Law für den Versailler Vertrag.

London. Die „Morningpost" meldet, daß Bonar Law in einem Empfang seiner Parteifreunde nach Uebernahme der Kabinettsbildung als die Richtlinien seiner Politik bezeichnet hat, die Entspannung der inneren englischen Krise, die vermehrte Heranziehung von Vertretern der Arbeiterorganisationen in die Betriebe des Staates und der Verwaltung, die Unversehrtheit des Bündnisses mit Frankreich und deshalb Aufrechterhaltung des Versailler Vertrages und die Durchführung einer Verständigung mit Frankreich in allen dem Orient betreffenden Fragen.

Der Dollar 4500.

Sturm an den Börsen.

Der Rücktritt Lloyd Georges wurde von der Börse dahin beurteilt, daß die Reparationslage für Deutschland nicht besser geworden ist. Dies äußert sich in einem neuen Devisenhausse. Der Dollar ging sprungweise auf **4000** herauf, dementsprechend war auch in allen Valutapapieren und in einheimischen Industriewerten eine tumultarische Hausse ausgebrochen, da angesichts des Dollarstandes die Marktflucht einen panikartigen Charakter annahm.

Der Dollar 4000! Das ist ein sausender Peitschenhieb auf den gebeugten Rücken unseres Volkes! Ein drohendes Flammenzeichen am Himmel, das Leute lehren sollte, wenn sie nicht unbelehrbar wären. Jedermann weiß, daß von dem aufkommenden Sturmwind die schwächsten Bauten, die am wenigsten wurzelfest sind, umgeworfen werden. So schwanken wir, wenn irgendwo ein Sturm losbricht, wie kürzlich an den Dardanellen, wie heute in London, wie das berühmte Rohr im Winde. Weil wir nicht fest sind und nicht feststehen. Wir sind heute ein Volk, dem alle Dinge zum Schlimmsten dienen müssen, weil Stärke und Macht außerhalb einer Partei im Reiche verpönt sind, weil der Staat, der die Gerechtigkeit in der einen und die Macht in der anderen Hand trägt, als reaktionäres Gebilde zertrümmert worden ist.

Der Dollar 4000! Das heißt, wir bekommen mehr von den Bildchen, die wir Geld nennen. Die Illusionen steigen, die Wirklichkeit aber verhüllt ihr Haupt. Hammer oder Amboß! So ist für uns die Alternative gestellt. Wir sind Amboß! Nur Amboß! Wie lange noch? So fragt sich unser Volk.

Mit dem Rücktritt des Mannes, der dem französischen Imperialismus, wenn nicht am wirkungsvollsten, so doch am lebhaftesten und offensten entgegentrat, sinken die Aussichten Deutschlands im Urteil der Welt. Das zeigt uns der Dollarstand von 4000.

Durch die tausend und eine Verordnung, die über uns hängen, ist noch nichts geholfen, durch die neue Devisenordnung nichts aber auch gar nichts an der Standhaftigkeit der Mark gewonnen worden.

Berlin, 21. Oktober. Der Dollar wurde heute an der Börse mit 4200—4500 gehandelt.

* * *

Auch England für die Finanzkontrolle.

Der gestrige gewaltige Sturz der Mark veranlassen die „Times" zu längeren Ausführungen, deren Ergebnis sich kurz wie folgt zusammenfassen läßt: Die Entwertung der Mark habe gestern mit 14 800 Mark für ein Pfund einen neuen Tiefstand erreicht. Die Verordnungen, welche